Bundesbeschluss über Leistungsverbesserungen in der AHV und der IV sowie ihre Finanzierung

vom 19. Juni 1992

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 34^{quater} der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 5. März 1990¹⁾
und in einen Bericht vom 18. Februar 1992 der vorberatenden Kommission des
Nationalrates,
beschliesst:*

Art. 1 Berechnung der Renten in der AHV

In Abweichung von Artikel 34 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung²⁾ werden die Renten gemäss diesem Bundesgesetz nach den folgenden Bestimmungen berechnet:

- a. Die monatliche einfache Altersrente setzt sich zusammen aus:
 1. einem Bruchteil des Mindestbetrages der einfachen Altersrente (fester Rententeil);
 2. einem Bruchteil des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens (variabler Rententeil).
- b. Es gelten folgende Bestimmungen:
 1. Ist das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen kleiner oder entspricht es dem 36fachen Mindestbetrag der einfachen Altersrente, so betragen der feste Rententeil 74/100 des Mindestbetrages der einfachen Altersrente und der variable Rententeil 13/600 des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens.
 2. Ist das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen grösser als das 36fache des Mindestbetrages der einfachen Altersrente, so betragen der feste Rententeil 104/100 des Mindestbetrages der einfachen Altersrente und der variable Rententeil 8/600 des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens.

¹⁾ BBl 1990 II 1

²⁾ SR 831.10

Art. 2 Berechnung der einfachen Altersrente von geschiedenen Frauen

¹ Geschiedene Altersrentnerinnen können verlangen, dass ihnen bei der Berechnung ihrer Rente gemäss Artikel 31 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung¹⁾ eine jährliche Erziehungsgutschrift in der Höhe der dreifachen minimalen einfachen Altersrente gemäss Artikel 34 Absatz 1 angerechnet wird. Die Gutschrift wird für jene Jahre angerechnet, in denen die geschiedene Altersrentnerin die elterliche Gewalt über Kinder ausgeübt hat, welche das 16. Altersjahr noch nicht vollendet haben.

² Die Berechnung gemäss Absatz 1 erfolgt auf Antrag. Die Antragstellerin hat den Nachweis zu erbringen, dass sie die Voraussetzungen für die Anrechnung erfüllt. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten, insbesondere die Anrechnung der Erziehungsgutschrift für Mütter, welche Kinder unter ihrer Obhut haben, ohne die elterliche Gewalt über sie auszuüben, sowie bei Pflegekinderverhältnissen.

Art. 3 Berechnung der Renten der IV

Die Artikel 1 und 2 sind für die Berechnung der Renten der IV sinngemäss anwendbar.

Art. 4 Hilflosenentschädigung der AHV

¹ In Abweichung von Artikel 43^{bis} Absätze 1–3 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung¹⁾ haben Bezüger von Altersrenten mit Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung, wenn sie in schwerem oder mittlerem Grad hilflos sind und keinen Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung nach dem Bundesgesetz vom 20. März 1981²⁾ über die Unfallversicherung oder nach dem Bundesgesetz vom 20. September 1949³⁾ über die Militärversicherung besitzen; Männer müssen das 65. und Frauen das 62. Altersjahr zurückgelegt haben.

² Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung entsteht am ersten Tag des Monats, in dem sämtliche Voraussetzungen erfüllt sind und die Hilflosigkeit schweren oder mittleren Grades ununterbrochen während mindestens eines Jahres bestanden hat. Er erlischt am Ende des Monats, in dem die Voraussetzungen nach Absatz 1 nicht mehr gegeben sind.

³ Die Entschädigung für eine Hilflosigkeit schweren Grades beträgt 80 Prozent, jene für eine Hilflosigkeit mittleren Grades 50 Prozent des Mindestbetrages der einfachen Altersrente nach Artikel 34 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung¹⁾.

¹) SR 831.10

²) SR 832.20

³) SR 833.1

Art. 5 Auszahlung der Ehepaar-Altersrente und Ehepaar-Invalidenrente

¹ In Abweichung von Artikel 22 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung¹⁾ und Artikel 33 Absatz 3 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung²⁾ gelten für die Auszahlung der Ehepaarrenten folgende Bestimmungen:

- a. Die Ehepaarrente, deren Anspruch ab Inkrafttreten dieses Beschlusses entsteht, wird den beiden Ehegatten je zur Hälfte und getrennt ausbezahlt.
- b. Die Ehegatten können jederzeit gemeinsam verlangen, dass die Rente einem von ihnen ungetrennt ausbezahlt wird; jeder Ehegatte kann auf diese Entscheid zurückkommen.
- c. Vorbehalten bleiben abweichende zivilrichterliche Anordnungen.

² Für Rentenzahlungen ins Ausland kann der Bundesrat eine andere Regelung treffen.

Art. 6 Beitrag des Bundes und der Kantone an die Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung

Der Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1985³⁾ über den Beitrag des Bundes und der Kantone an die Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung wird wie folgt geändert:

Art. 1 Bst. a

Abweichend von Artikel 103 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung¹⁾, in der Fassung vom 5. Oktober 1984, beträgt bis zum Inkrafttreten der hälftigen Beteiligung der Kantone am Bundesbeitrag für die Krankenversicherung:

- a. der Beitrag des Bundes an die Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung 15,5 Prozent im Jahre 1986, 16 Prozent in den Jahren 1987–1989, 17 Prozent in den Jahren 1990–1992 und 17,5 Prozent in den Jahren 1993–1995;

Art. 7 Tabaksteuer

Das Bundesgesetz vom 21. März 1969⁴⁾ über die Tabakbesteuerung wird wie folgt geändert:

Art. 11 Abs. 2^{bis}

^{2bis} Während der Geltungsdauer des Bundesbeschlusses vom 19. Juni 1992⁵⁾ über Leistungsverbesserungen in der AHV und der IV sowie ihre Finanzierung

¹⁾ SR 831.10

²⁾ SR 831.20

³⁾ SR 831.100

⁴⁾ SR 641.31

⁵⁾ AS ...

kann der Bundesrat abweichend von Absatz 2 Buchstabe b die am 1. Januar 1993 geltenden Steuersätze um höchstens 50 Prozent erhöhen, wenn die laufenden Einnahmen aus der Rückstellung gemäss Artikel 111 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung¹⁾ zur Deckung der Beiträge des Bundes an die Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie an die Ergänzungsleistungen zur Alters- und Hinterlassenenversicherung nicht ausreichen.

Art. 8 Referendum, Inkrafttreten und Geltungsdauer

¹⁾ Dieser Beschluss ist allgemeinverbindlich; er untersteht dem fakultativen Referendum.

²⁾ Er tritt am 1. Januar 1993 in Kraft, Artikel 2 jedoch erst am 1. Januar 1994.

³⁾ Der Beschluss gilt bis zum 31. Dezember 1995.

Ständerat, 19. Juni 1992

Die Präsidentin: Meier Josi

Die Sekretärin: Huber

Nationalrat, 19. Juni 1992

Der Präsident: Nebiker

Der Protokollführer: Anliker

Datum der Veröffentlichung: 30. Juni 1992²⁾

Ablauf der Referendumsfrist: 28. September 1992

5472

¹⁾ SR 831.10

²⁾ BBl 1992 III 979

Bundesbeschluss über Leistungsverbesserungen in der AHV und der IV sowie ihre Finanzierung vom 19. Juni 1992

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	25
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.06.1992
Date	
Data	
Seite	979-982
Page	
Pagina	
Ref. No	10 052 266

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.